Chamer Europagespräche 2026

Demokratie und Gesellschaft – Herausforderungen für Deutschland und Europa

Impuls von Dr. Gerhard Hopp, MdL

6. November 2026 | Randsbergerhof Cham

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

liebe Freundinnen und Freunde Europas,

herzlich willkommen zu unseren vierten Chamer Europagesprächen. Ich freue mich sehr, dass wir heute wieder zusammenkommen, um über die großen Herausforderungen für Deutschland und Europa zu diskutieren.

Mein besonderer Dank gilt der Bayerischen Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Kreise, der Europa-Union Cham und EUROPE DIRECT in Furth im Wald für die Zusammenarbeit bei dieser Veranstaltung.

Wir haben uns für heute ein Thema vorgenommen, das aktueller kaum sein könnte: Demokratie und Gesellschaft – Herausforderungen für Deutschland und Europa.

Ich möchte dazu mit einer grundsätzlichen Beobachtung beginnen: **Unsere Demokratie steht unter Druck. Aber sie ist keineswegs machtlos.**

Wir erleben gegenwärtig nicht einfach eine gewöhnliche Phase politischer Veränderungen. Vielmehr treffen mehrere grundlegende Entwicklungen gleichzeitig aufeinander: der Krieg in der Ukraine, geopolitische Machtverschiebungen, wirtschaftliche Unsicherheit, Migration, Digitalisierung, gesellschaftliche Polarisierung und eine zunehmende Veränderung unserer politischen Parteienlandschaft.

Dabei geht es längst nicht mehr allein um einzelne politische Sachfragen. Es geht um das Vertrauen der Menschen in die Fähigkeit unserer demokratischen Institutionen, Probleme zu lösen und Zukunft zu gestalten.

Und es geht um die Frage, ob unsere freiheitlichen Demokratien in einer Welt bestehen können, in der autoritäre Staaten zunehmend selbstbewusst auftreten und vermeintlich einfache Antworten auf komplizierte Herausforderungen versprechen.

Ich bin überzeugt: Die größte Gefahr für unsere Demokratie besteht nicht allein darin, dass ihre Gegner stärker werden. Sie besteht auch darin, dass ihre Unterstützer das Vertrauen in ihre Handlungsfähigkeit verlieren.

1. Demokratie in Deutschland: Hohe Zustimmung, aber schwindendes Vertrauen

Dazu möchte ich zunächst einige Zahlen nennen, die ich besonders bemerkenswert finde.

Der Deutschland-Monitor 2025 zeigt, dass rund 98 Prozent der Befragten die Demokratie grundsätzlich als Staatsform befürworten. Gleichzeitig sind nur etwa 60 Prozent mit ihrem tatsächlichen Funktionieren zufrieden.

Der eGovernment MONITOR 2026 kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich 32 Prozent großes oder sehr großes Vertrauen in den Staat haben.

Und der Demokratie-Monitor der Universität Hohenheim verweist darauf, dass rund 17 Prozent der Bevölkerung ein rechtspopulistisches Weltbild aufweisen.

Diese Zahlen stammen aus unterschiedlichen Untersuchungen und messen unterschiedliche Einstellungen. Dennoch verdeutlichen sie eine zentrale Herausforderung.

Wir haben in Deutschland nicht in erster Linie ein Problem mit der Demokratie als Idee. Wir haben ein Problem mit dem Vertrauen in ihre praktische Leistungsfähigkeit.

Viele Menschen schätzen unsere freiheitliche Ordnung, sind aber zunehmend unzufrieden damit, wie Politik funktioniert, wie Entscheidungen zustande kommen und wie schnell Probleme gelöst werden.

Dafür gibt es durchaus nachvollziehbare Gründe.

Unsere Wirtschaft steht unter erheblichem Anpassungsdruck. Bürokratie und langwierige Genehmigungsverfahren erschweren Investitionen. Die öffentliche Infrastruktur muss modernisiert werden. Fragen der Migration, der sozialen Sicherung und der Generationengerechtigkeit beschäftigen viele Menschen.

Hinzu kommt ein tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel.

Traditionelle Bindungen an Parteien, Kirchen, Gewerkschaften und Vereine haben sich verändert. Die politische Kommunikation findet zunehmend in digitalen Räumen statt, in denen Zuspitzung, Emotionalisierung und

Empörung häufig mehr Aufmerksamkeit erhalten als differenzierte Argumente.

Unsere Gesellschaft ist vielfältiger geworden, aber auch fragmentierter.

Das muss nicht zwangsläufig eine Schwäche sein. Unterschiedliche Interessen und Auffassungen gehören zur Demokratie. Problematisch wird es dort, wo politische Gegner nicht mehr als legitime Wettbewerber angesehen werden, sondern als Feinde.

Die politische Mitte steht deshalb vor einer doppelten Aufgabe.

Sie muss einerseits unsere demokratischen Institutionen und Grundwerte verteidigen. Andererseits muss sie überzeugende Antworten auf die tatsächlichen Sorgen der Menschen geben.

Demokratie verteidigt man nicht allein mit Appellen. Man verteidigt sie auch mit einer Verwaltung, die funktioniert, einer Wirtschaft, die Perspektiven schafft, und einer Politik, die Probleme tatsächlich löst.

Aus meiner Sicht gehören deshalb wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit, Bürokratieabbau, Eigenverantwortung, gesellschaftlicher Zusammenhalt und ein handlungsfähiger Rechtsstaat unmittelbar zu einer Politik, die unsere Demokratie stärkt.

2. Die politische Landschaft Europas: Ein Kontinent im Umbruch

Meine Damen und Herren,

diese Entwicklungen sind keineswegs auf Deutschland beschränkt.

Wenn wir heute durch Europa blicken, sehen wir eine politische Landschaft, die sich in vielen Ländern tiefgreifend verändert.

Traditionelle Parteien verlieren teilweise ihre früheren Bindungen. Neue politische Bewegungen entstehen. Rechtspopulistische und nationalkonservative Parteien haben in zahlreichen Ländern an Bedeutung gewonnen. Gleichzeitig entstehen neue politische Bündnisse, und die Bildung stabiler Regierungsmehrheiten wird schwieriger.

Eine Analyse des Carnegie Endowment zeigt, dass der Stimmenanteil rechtspopulistischer und radikal rechter Parteien bei nationalen Wahlen in der Europäischen Union seit Mitte der 2000er-Jahre von rund zehn auf etwa 23 Prozent gestiegen ist.

Auch das Europäische Parlament ist vielfältiger und fragmentierter geworden. Nach einer entsprechenden Auswertung waren nach der Europawahl 2024 insgesamt 220 nationale Parteien vertreten, gegenüber 127 im Jahr 2004.

Das ist zunächst Ausdruck einer pluralistischen Demokratie. Zugleich erhöht eine größere Zahl politischer Akteure die Anforderungen an Kompromissfähigkeit und gemeinsame Entscheidungen.

Ich möchte deshalb einen kurzen Blick auf einige unserer wichtigsten europäischen Partner werfen.

Beginnen wir mit Frankreich.

Frankreich steht vor einer politisch besonders wichtigen Phase.

Im April 2027 wird ein neuer Präsident gewählt. Emmanuel Macron kann nach zwei aufeinanderfolgenden Amtszeiten nicht unmittelbar erneut antreten.

Gleichzeitig ist das französische Parteiensystem tiefgreifend verändert. Die traditionellen politischen Lager haben an Bedeutung verloren. Die

Nationalversammlung ist stark fragmentiert, und die Bildung stabiler parlamentarischer Mehrheiten ist schwierig geworden.

Hinzu kommen erhebliche wirtschaftliche und finanzpolitische Herausforderungen. Die hohe Staatsverschuldung, Haushaltskonflikte und gesellschaftliche Spannungen erschweren politische Reformen.

Der Rassemblement National um Marine Le Pen und Jordan Bardella spielt in dieser politischen Auseinandersetzung eine zentrale Rolle.

Für uns ist das von erheblicher europapolitischer Bedeutung.

Frankreich ist neben Deutschland einer der wichtigsten Motoren der europäischen Integration. Ohne eine konstruktive deutsch-französische Zusammenarbeit werden viele europäische Reformvorhaben schwieriger.

Die Präsidentschaftswahl 2027 wird deshalb nicht nur über den politischen Kurs Frankreichs entscheiden. Sie wird auch Auswirkungen auf die europäische Zusammenarbeit haben – von der Wirtschafts- und Finanzpolitik über die Migrationspolitik bis zur gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Und dabei geht es um eine grundsätzliche Frage: Wie handlungsfähig bleibt Europa, wenn einer seiner wichtigsten Mitgliedstaaten über längere Zeit innenpolitisch blockiert ist?

Blicken wir nach Italien.

Dort regiert seit Oktober 2022 Giorgia Meloni mit einer rechtsgerichteten Koalition.

Italien zeigt eine andere Entwicklung als Frankreich. Während das französische Parteiensystem stark fragmentiert ist, verfügt die italienische Regierung über eine vergleichsweise kontinuierliche politische Führung.

Gleichzeitig bleiben die Herausforderungen groß: die hohe Staatsverschuldung, die wirtschaftliche Entwicklung, Migration und die Reform staatlicher Strukturen.

Auch die Debatte über Veränderungen des Wahlrechts zeigt, wie intensiv in Italien über Regierungsstabilität und demokratische Wettbewerbsbedingungen gestritten wird.

Italien ist zugleich ein Beispiel dafür, dass nationalkonservative Regierungen innerhalb der Europäischen Union unterschiedliche Positionen vertreten können. Die Zusammenarbeit in europäischen Institutionen ist komplexer, als es die einfache Gegenüberstellung von proeuropäischen und europaskeptischen Parteien vermuten lässt.

Besonders interessant ist auch die Entwicklung in Polen.

Polen ist in den vergangenen Jahren zu einem der wichtigsten sicherheitspolitischen Akteure Europas geworden.

Das Land investiert erheblich in seine Verteidigung, unterstützt die Ukraine und spielt aufgrund seiner geografischen Lage eine zentrale Rolle für die Sicherheit an der östlichen Grenze der Europäischen Union.

Innenpolitisch bestehen allerdings erhebliche Spannungen.

Ministerpräsident Donald Tusk führt eine proeuropäisch ausgerichtete Regierungskoalition. Gleichzeitig steht Präsident Karol Nawrocki politisch einem anderen Lager nahe.

Konflikte über die Justiz, die Verfassungsordnung und die Kompetenzen staatlicher Institutionen beschäftigen das Land weiterhin.

2027 stehen zudem Parlamentswahlen an.

Polen verdeutlicht damit eine wichtige Herausforderung moderner Demokratien: Wie gelingt es, grundlegende institutionelle Fragen zu klären, wenn Regierung, Präsident und politische Lager sehr unterschiedliche Vorstellungen verfolgen?

Ein besonders bemerkenswertes Beispiel ist Ungarn.

Nach 16 Jahren unter Viktor Orbán kam es bei der Parlamentswahl im April 2026 zu einem Regierungswechsel.

Die TISZA-Partei von Péter Magyar gewann 141 der 199 Parlamentssitze. Magyar übernahm im Mai das Amt des Ministerpräsidenten.

Dieser Machtwechsel ist für die europäische Demokratieentwicklung von besonderem Interesse.

Ungarn war über viele Jahre Gegenstand intensiver europäischer Debatten über Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Gewaltenteilung und die Unabhängigkeit staatlicher Institutionen.

Nun stellt sich die Frage, wie sich das politische und institutionelle System weiterentwickelt und wie sich das Verhältnis zwischen Budapest und Brüssel verändert.

Dabei zeigt Ungarn auch etwas Grundsätzliches: Selbst nach langen Regierungszeiten und tiefgreifenden Veränderungen staatlicher Strukturen können demokratische Wahlen einen politischen Machtwechsel ermöglichen.

Gerade für uns in Bayern ist Ungarn außerdem historisch von besonderer Bedeutung. Die Ereignisse von 1989, insbesondere die Öffnung des Eisernen Vorhangs und die Entwicklungen an der österreichisch-ungarischen Grenze, waren wichtige Schritte auf dem Weg zur Überwindung der europäischen Teilung.

Auch Spanien befindet sich in einer politisch bewegten Phase.

Für den 29. November 2026 sind vorgezogene Parlamentswahlen angesetzt.

Der politische Wettbewerb zwischen den Sozialisten von Pedro Sánchez, der konservativen Partido Popular, Vox und weiteren Parteien ist intensiv.

Zugleich beschäftigen das Land wirtschaftliche und soziale Fragen, regionale Autonomiekonflikte und die Suche nach stabilen parlamentarischen Mehrheiten.

Spanien zeigt damit, wie schwierig Regierungsbildung und politische Kompromisse werden können, wenn sich die Parteienlandschaft verändert und gesellschaftliche Konfliktlinien verschärfen.

Ein Blick nach Großbritannien ist ebenfalls aufschlussreich.

Obwohl das Vereinigte Königreich die Europäische Union verlassen hat, bleiben die politischen Entwicklungen dort für uns von großer Bedeutung.

Die Labour-Regierung steht vor erheblichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Herausforderungen. Gleichzeitig verändert sich die

britische Parteienlandschaft, unter anderem durch den Wettbewerb mit Reform UK.

Der Brexit hat gezeigt, wie weitreichend politische Entscheidungen sein können, die unter dem Versprechen größerer nationaler Souveränität getroffen werden.

Zugleich ist deutlich geworden, dass geografische, wirtschaftliche und sicherheitspolitische Verflechtungen nicht einfach durch einen EU-Austritt verschwinden.

Großbritannien bleibt ein wichtiger europäischer Partner, insbesondere in der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik.

Schließlich möchte ich auf unsere unmittelbaren Nachbarn Österreich und Tschechien eingehen.

In Österreich regiert eine Koalition aus ÖVP, SPÖ und NEOS unter Bundeskanzler Christian Stocker.

Gleichzeitig spielt die FPÖ eine bedeutende Rolle im politischen Wettbewerb. Fragen der Migration, der wirtschaftlichen Entwicklung und der Zukunft der traditionellen Parteien prägen die Debatte.

In Tschechien steht Ministerpräsident Andrej Babiš an der Spitze der Regierung.

Dort wird unter anderem über die europäische Integration, die Ukrainepolitik, wirtschaftliche Interessen und die Rolle nationaler Souveränität diskutiert.

Für uns im Landkreis Cham haben diese Entwicklungen eine unmittelbare Bedeutung.

Politische Entscheidungen in Prag betreffen nicht nur die europäische Außenpolitik. Sie wirken sich auch auf unsere grenzüberschreitende Zusammenarbeit, die wirtschaftlichen Beziehungen, Pendler, Infrastrukturprojekte und den Alltag der Menschen in unserer Region aus.

Wenn wir all diese Länder betrachten, ergibt sich für mich eine zentrale Erkenntnis:

Europa erlebt nicht überall dieselbe politische Entwicklung. Aber fast überall stellt sich dieselbe Frage: Wie schaffen demokratische Systeme unter veränderten gesellschaftlichen Bedingungen stabile Mehrheiten, Vertrauen und überzeugende politische Antworten?

3. Europa in einer veränderten Weltordnung

Meine Damen und Herren,

die innenpolitischen Veränderungen in Europa treffen auf eine internationale Ordnung, die selbst einem tiefgreifenden Wandel unterliegt.

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine hat uns vor Augen geführt, dass Frieden und Sicherheit in Europa keine Selbstverständlichkeit sind.

Die Ukraine verteidigt ihre staatliche Unabhängigkeit, ihre Freiheit und ihre territoriale Integrität. Zugleich hat dieser Krieg unmittelbare Auswirkungen auf die Sicherheit ganz Europas.

Für mich ist deshalb klar: Die Unterstützung der Ukraine ist nicht nur eine Frage europäischer Solidarität. Sie liegt auch in unserem eigenen Sicherheitsinteresse.

Wir dürfen nicht zulassen, dass militärische Gewalt wieder zu einem akzeptierten Mittel der Veränderung europäischer Grenzen wird.

Gleichzeitig verändern sich die transatlantischen Beziehungen.

Die Vereinigten Staaten bleiben unser wichtigster außereuropäischer Partner. Aber wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass sich amerikanische Interessen und Prioritäten verändern.

Der Blick Washingtons richtet sich zunehmend auch auf den indopazifischen Raum und den strategischen Wettbewerb mit China.

Europa kann deshalb nicht dauerhaft davon ausgehen, dass die Vereinigten Staaten unabhängig von ihrer jeweiligen innenpolitischen Entwicklung sämtliche sicherheitspolitischen Herausforderungen für uns lösen.

Wir Europäer müssen mehr Verantwortung für unsere eigene Sicherheit übernehmen.

Das bedeutet höhere Verteidigungsfähigkeit, bessere europäische Zusammenarbeit und eine stärkere wirtschaftliche und technologische Basis.

Auch China stellt uns vor grundlegende Fragen.

China ist ein wichtiger Wirtschaftspartner, zugleich aber Wettbewerber und systemischer Rivale. Abhängigkeiten bei kritischen Rohstoffen, Technologien und Lieferketten können politische Verwundbarkeiten schaffen.

Hinzu kommen die Konflikte im Nahen Osten, die Auswirkungen auf Energieversorgung, Handelswege und internationale Stabilität haben.

Mit einem dieser Themen werden wir uns heute im weiteren Verlauf unserer Europagespräche noch ausführlich beschäftigen, wenn es um den Iran, die Straße von Hormus und die Folgen für Europa geht.

All diese Entwicklungen zeigen: Europa muss lernen, seine Interessen in einer zunehmend von Machtpolitik geprägten Welt selbstbewusster und gemeinsamer zu vertreten.

4. Ein stärkeres Europa braucht eine klare Aufgabenverteilung

Daraus folgt für mich allerdings nicht, dass die Europäische Union künftig für alles zuständig sein sollte.

Im Gegenteil.

Ich bin überzeugt, dass wir Europa gerade dann stärken, wenn wir uns wieder konsequenter auf das Prinzip der Subsidiarität besinnen.

Europa muss dort stärker werden, wo einzelne Staaten allein zu schwach sind: bei Sicherheit und Verteidigung, beim Schutz unserer Außengrenzen, bei großen Infrastrukturvorhaben, bei Forschung und Innovation und bei der Stärkung unserer internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Gleichzeitig müssen wir den Mut haben, europäische Regulierung dort zurückzunehmen, wo Länder, Regionen und Kommunen bessere und bürgernähere Lösungen finden können.

Ich halte es deshalb für notwendig, auch unser bisheriges Verständnis der Subsidiaritätsprüfung weiterzuentwickeln.

Bislang liegt der Schwerpunkt darauf, dass nationale Parlamente im Nachhinein prüfen und gegebenenfalls begründen müssen, warum ein europäischer Gesetzgebungsvorschlag gegen das Subsidiaritätsprinzip verstößt.

Ich möchte diesen Gedanken gewissermaßen umdrehen.

Die Europäische Kommission sollte bereits vor jedem neuen Gesetzgebungsvorschlag nachvollziehbar darlegen müssen, warum die Europäische Union überhaupt tätig werden muss und weshalb die europäische Ebene besser geeignet ist als die Mitgliedstaaten oder Regionen.

Eine solche Begründung würde die Verantwortung der europäischen Institutionen stärken und könnte zugleich das Vertrauen in europäische Entscheidungen verbessern.

Denn Europa wird nicht dadurch stärker, dass Brüssel möglichst viele Zuständigkeiten an sich zieht.

Europa wird dadurch stärker, dass es die wirklich großen Herausforderungen gemeinsam löst und zugleich die Eigenverantwortung seiner Regionen achtet.

Das gilt auch für die anstehenden Entscheidungen über den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union ab 2028.

Wir brauchen Investitionen in Sicherheit, Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Wir dürfen dabei aber die regionale Entwicklung und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht aus dem Blick verlieren.

Gerade Programme wie Interreg zeigen, welchen konkreten Mehrwert Europa vor Ort schaffen kann.

5. Der Landkreis Cham: Demokratie und Europa konkret erleben

Meine Damen und Herren,

damit komme ich zu einem Punkt, der mir besonders wichtig ist: unserer Heimat.

Wenn wir über Demokratie, Freiheit und Europa sprechen, müssen wir nicht ausschließlich nach Berlin, Brüssel oder Straßburg blicken.

Ein Blick auf die Geschichte unseres Landkreises Cham genügt.

Über Jahrzehnte verlief unmittelbar vor unserer Haustür der Eiserne Vorhang.

Die Grenze zur damaligen Tschechoslowakei war nicht einfach eine Staatsgrenze. Sie war Teil der Trennlinie zwischen zwei politischen und gesellschaftlichen Systemen.

Auf der einen Seite standen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Freiheit. Auf der anderen Seite ein kommunistisches Herrschaftssystem, das grundlegende Freiheitsrechte einschränkte.

Für die Menschen unserer Region war diese Teilung tägliche Realität.

Die Ereignisse des Jahres 1989 veränderten Europa grundlegend.

Die Entwicklungen in Polen und Ungarn, die friedliche Revolution in der DDR und schließlich die Samtene Revolution in der Tschechoslowakei führten zur Überwindung einer jahrzehntelangen Teilung.

Was damals geschah, war keineswegs selbstverständlich.

Es war das Ergebnis des Mutes vieler Menschen, die für Freiheit, Demokratie und Selbstbestimmung eintraten.

Für unseren Landkreis Cham eröffneten sich dadurch völlig neue Perspektiven.

Aus einer Grenzregion am Rand der westlichen Welt wurde eine Region mitten in Europa.

Heute erleben wir tagtäglich, was offene Grenzen und europäische Zusammenarbeit bedeuten.

Menschen pendeln über die Grenze zur Arbeit. Unternehmen pflegen wirtschaftliche Beziehungen. Kommunen, Schulen, Vereine und Organisationen arbeiten zusammen.

Feuerwehren und Rettungskräfte unterstützen sich gegenseitig. Grenzüberschreitende Projekte schaffen Begegnungen und gemeinsame Entwicklungsmöglichkeiten.

Die Aktionsbündnisse Čerchov und Künisches Gebirge stehen beispielhaft für diese Zusammenarbeit.

Auch die politischen Kontakte zwischen Bayern und Tschechien sind heute wesentlich enger als noch vor wenigen Jahrzehnten.

In meiner Aufgabe als Koordinator der bayerisch-tschechischen Parlamentsbeziehungen erlebe ich immer wieder, wie wichtig persönliche Begegnungen, gegenseitiges Vertrauen und kontinuierliche Zusammenarbeit sind.

Das ist für mich gelebtes Europa.

Und es zeigt zugleich, dass Demokratie nicht allein von Parlamenten und Regierungen getragen wird.

Sie lebt von Menschen, die Verantwortung übernehmen.

Von Ehrenamtlichen in Vereinen und Verbänden. Von Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitikern. Von Menschen, die sich in der politischen Bildung engagieren. Von Bürgerinnen und Bürgern, die bereit sind, sich mit anderen Auffassungen auseinanderzusetzen.

Gerade deshalb sind Veranstaltungen wie unsere Chamer Europagespräche wichtig.

Sie schaffen Raum für Information, Diskussion und persönliche Begegnung.

Denn eine lebendige Demokratie braucht nicht nur Institutionen. Sie braucht eine lebendige demokratische Gesellschaft.

6. Was folgt daraus? Fünf Aufgaben für unsere Demokratie

Meine Damen und Herren,

ich möchte zum Abschluss fünf Gedanken formulieren, die aus meiner Sicht für die Zukunft unserer Demokratie und Europas entscheidend sind.

Erstens: Demokratie braucht Handlungsfähigkeit.

Die Menschen müssen erleben, dass demokratische Politik in der Lage ist, Probleme zu lösen.

Dazu gehören wirtschaftliche Perspektiven, funktionierende Infrastruktur, verlässliche staatliche Institutionen und die Bereitschaft zu notwendigen Reformen.

Wir dürfen Demokratie nicht allein als Verfahren verstehen. Sie muss im Alltag der Menschen funktionieren.

Zweitens: Demokratie braucht Streit – aber auf der Grundlage gemeinsamer Regeln.

Unterschiedliche Meinungen sind kein Problem, sondern Wesensmerkmal einer freien Gesellschaft.

Entscheidend ist, dass wir auch bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten die Legitimität demokratischer Institutionen und die Würde des politischen Gegenübers achten.

Demokratie lebt vom Wettbewerb der Ideen, aber auch von der Fähigkeit zum Kompromiss.

Drittens: Europa braucht mehr gemeinsame Stärke.

In einer Welt wachsender geopolitischer Spannungen können wir unsere Interessen nur dann wirksam vertreten, wenn wir enger zusammenarbeiten.

Das gilt besonders für unsere Sicherheit, unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit und unsere technologische Unabhängigkeit.

Ein handlungsfähiges Europa ist keine Alternative zu einem starken Deutschland. Es ist eine wichtige Voraussetzung dafür.

Viertens: Europa braucht starke Regionen und gelebte Subsidiarität.

Die Europäische Union muss sich auf ihre wesentlichen Aufgaben konzentrieren.

Gleichzeitig brauchen Länder, Regionen und Kommunen ausreichend Freiräume, um Verantwortung zu übernehmen.

Die Menschen müssen erleben, dass europäische Politik ihre Lebenswirklichkeit berücksichtigt.

Gerade Grenzregionen wie der Landkreis Cham können hierzu wichtige Erfahrungen einbringen.

Fünftens: Demokratie braucht Menschen, die sich engagieren.

Das ist vielleicht der wichtigste Punkt.

Unsere Demokratie lebt nicht allein von Gesetzen, Verfassungen und Wahlen.

Sie lebt davon, dass Menschen bereit sind, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen.

In Parteien und Parlamenten, in unseren Kommunen, in Vereinen, in Schulen, in der politischen Bildung und im täglichen Miteinander.

Eine demokratische Gesellschaft kann auf Dauer nur funktionieren, wenn sie von ihren Bürgerinnen und Bürgern getragen wird.

Schluss

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

wenn wir heute auf Deutschland und Europa blicken, sehen wir zweifellos erhebliche Herausforderungen.

Wir erleben politische Polarisierung, wirtschaftliche Unsicherheit, internationale Konflikte und einen tiefgreifenden Wandel unserer Parteienlandschaft.

Wir sehen, dass politische Mehrheiten schwieriger werden und das Vertrauen in staatliche Institutionen unter Druck steht.

Aber wir sehen auch, dass unsere Demokratien anpassungsfähig sind.

Dass politische Veränderungen möglich bleiben.

Dass Menschen bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Und dass die Idee eines freien, geeinten und friedlichen Europas nichts von ihrer grundlegenden Bedeutung verloren hat.

Gerade wir im Landkreis Cham wissen aus unserer eigenen Geschichte, welchen Wert Freiheit, Demokratie und offene Grenzen besitzen.

Was für jüngere Generationen heute selbstverständlich erscheint, war vor wenigen Jahrzehnten noch undenkbar.

Deshalb sollten wir uns bei allen berechtigten Sorgen und Herausforderungen eines bewahren: die Zuversicht, dass wir unsere Zukunft gestalten können.

Die entscheidende Frage ist nicht, ob sich unsere Demokratie verändern wird. Die entscheidende Frage ist, ob wir diesen Wandel mit Mut, Verantwortungsbewusstsein und Zuversicht gestalten.

Dazu braucht es eine Politik, die Orientierung gibt, Institutionen, die funktionieren, und Menschen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.

Und dazu braucht es ein Europa, das im Großen gemeinsam handelt und im Kleinen die Freiheit seiner Regionen und Bürger achtet.

Ich freue mich deshalb auf unsere heutige Diskussion und auf die weiteren Beiträge im Rahmen unserer Chamer Europagespräche.